

WARTBURGFEST, DEKABRISTENAUFSTAND UND DIE HEILIGE ALLIANZ GEGEN DIE REVOLUTION

NIKOLAUS KATZER / WELICHAN MIRSECHANOW

Um der Reformation 300 Jahre früher zu gedenken und an die Völkerschlacht bei Leipzig gegen Napoleon 1813 zu erinnern, lud die Jenaer Burschenschaft am 18. Oktober 1817 Studenten aus ganz Deutschland zu einer Feierstunde auf die Wartburg in Thüringen ein. Das Fest sollte ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit aller Deutschen setzen und von den Fürsten Maßnahmen zur Einheit Deutschlands einfordern, zu der sie sich wiederholt in der entbehrungsreichen Kriegszeit bekannt hatten. Die Jenaer Studenten hatten sich zwei Jahre zuvor zusammengeschlossen. Da sich unter ihnen zahlreiche Lützower befanden, wählten sie die Farben Schwarz, Rot und Gold als „deutsches“ Erkennungsmerkmal. In Anlehnung an die schwarzen Uniformen der populären Lützower Jäger färbten die Studenten ihre Zivlröcke schwarz und

versahen sie mit roten Vorstößen und goldenen Knöpfen.

Die Bewegung der Burschenschaften setzte sich zum Ziel, zunächst wenigstens an der Universität zu verwirklichen, was der Wiener Kongress mit seinem Friedensschluss dem ganzen Land verweigert hatte – den freiheitlichen deutschen Nationalstaat. Stattdessen war lediglich eine lose Vereinigung der deutschen Einzelstaaten, der Deutsche Bund, herausgekommen. Als einzige Klammer diente die Bundesversammlung (auch „Bundestag“ genannt), in die Vertreter der Mitgliedsstaaten entsandt wurden. Ihren Sitz hatte sie in Frankfurt am Main. Meist tagte nicht das Plenum, sondern lediglich ein „Engerer Rat“, eine Art Regierung, in der der österreichische Abgeordnete den Vorsitz führte. In der Vollversammlung besaßen neben Österreich auch Preußen, Sachsen, Bayern,



ABB. 9 DAS WARTBURGFEST

Anlässlich des 300. Jahrestages des Beginns der Reformation und des 4. Jahrestages der Völkerschlacht von Leipzig trafen sich Studenten verschiedener deutscher Universitäten am 18. Oktober 1817 auf der Wartburg bei Eisenach in Thüringen. Sie war 1521/22 Zufluchtsort Martin Luthers gewesen und galt vielen als ein deutsches Nationalsymbol. Mehrere hundert Studenten und einige Professoren protestierten gegen restaurative Politik und Kleinstaaterei und für einen Nationalstaat mit einer eigenen Verfassung.

ZUG DER TURNER AUF DIE WARTBURG, ANONYMER, KOLORIERTER HOLZSTICH, 1817. © BPK (00008548).

Hannover und Württemberg mit je vier Stimmen das größte Gewicht, gefolgt von Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Holstein und Luxemburg mit je drei Stimmen. Alle übrigen Staaten verfügten über je zwei oder nur eine Stimme. Viele Studenten waren von diesem Ergebnis enttäuscht, zumal diejenigen, die die gemeinschaftliche Erfahrung der Befreiungskriege gegen Napoleon teilten und stolz auf den errungenen Sieg waren. Darauf beriefen sie sich, wenn sie für eine Neugestaltung der Verhältnisse in Deutschland eintraten.

Aufbruchstimmung herrschte auch in anderen Teilen Europas, nicht zuletzt in Russland, das sein Prestige mit dem Sieg im Vaterländischen Krieg von 1812 erheblich gesteigert hatte und maßgeblich an der neuen Friedensordnung beteiligt war. In ganz anderer Form als die deutschen Burschenschafter, aber nicht minder eindrucksvoll waren es hier junge Adelige und Offiziere, die in Freundschaftsbünden und Literaturzirkeln, teils offen, teils geheim, neben Maximen der Aufklärung alsbald auch gesellschaftliche Fragen erörterten. Als bald

beanspruchten einige von ihnen politische Mitspracherechte, erstellten Manifeste oder arbeiteten kühne Verfassungsentwürfe aus. So groß bei der jungen Generation der Kriegsteilnehmer die Erleichterung über das Ende der langen, verlustreichen Feldzüge war, so unüberhörbar machten sie ihrem Unmut über die Wiener Beschlüsse Luft. In den Ländern der Heiligen Allianz, des in Wien geschmiedeten Bündnisses der Monarchen zur Wiederherstellung der legitimen Ordnung nach den Revolutions- und Befreiungskriegen, mobilisierte der Ruf nach Reformen, Freiheitsrechten und nationaler Einheit stetig wachsende Kreise der Gesellschaft. Was sich für die Regierungen als ein Problem innerer und äußerer Sicherheit darstellte, empfanden die Protagonisten der in sich heterogenen Bewegungen als Beginn einer neuen Zeit, in der um soziale und politische Emanzipation sowie die Neuverteilung der Machtverhältnisse gerungen wurde.

LEGITIMITÄT UND STATUS QUO

In dem Bestreben, die 1815 geschaffene europäische Ordnung zu bewahren, folgten die Herrscher sehr weitgehend den Zielen, die Fürst Clemens von Metternich formuliert hatte. Sie lagen auch der Theorie zugrunde, die Karl Ludwig von Haller zur Rechtfertigung der territorialen Verhältnisse, der Legitimität der Herrschaft und der Gehorsamspflicht der Untertanen entwickelt hatte. Sein umfangreiches Werk „Die Restauration der Staatswissenschaften“ lieferte die Begründung dafür, warum die Ideen der Volkssouveränität und des Staatsvertrages durch ein erneuer-

tes Fürstenrecht ersetzt werden sollte: „Die Fürsten herrschen [...] nicht aus anvertrauten, sondern aus eigenen Rechten. [...] Es ist ihnen keine Gewalt



ABB. 10 DIE HEILIGE ALLIANZ

Nach dem politischen, ideellen und militärischen Sturm, der mit der Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen über Europa gezogen war, setzten die siegreichen monarchischen Großmächte ab 1815 auf die Restauration der alten Ordnung. Besonders der junge russische Zar Alexander I. drängte auf ein Bündnis der „östlichen“ Mächte Russland, Österreich und Preußen, das er mystisch als „Heilige Allianz“ überhöhte. Mit der Unterzeichnung der von Alexander I. entworfenen und vom österreichischen Außenminister (später Staatskanzler) Clemens Wenzel Fürst von Metternich stark überarbeiteten Gründungserklärung durch Alexander I. selbst, den österreichischen Kaiser Franz I. und den preußischen König Friedrich Wilhelm III. am 26. September 1815 wurde die Allianz Realität. Nach und nach traten ihr alle europäischen Staaten mit Ausnahme des Kirchenstaats und Großbritanniens bei. Die Gouache des deutschen Malers Heinrich Olivier stellt die drei Monarchen passend in Gestalt dreier mittelalterliche Ritter dar. Es zeigt eine fiktive Szene, auch wenn es zeitgenössisch während eines Aufenthalts Oliviers 1815 bei seinem Bruder in Wien entstand.

DIE HEILIGE ALLIANZ, GOUACHE VON HEINRICH OLIVIER, 1815, ANHALTINISCHE GEMÄLDEGALERIE DESSAU © AKG-IMAGES.

von dem Volk übertragen worden [...], sondern sie besitzen diese Macht und die damit verbundene höhere Freiheit durch sich selbst.“

Kaiser Alexander I. regte an, Russland, Österreich und Preußen zu einer Heiligen Allianz zu vereinen, hinter der sich die übrigen Fürstentümer Europas sammeln sollten. Ihre Aufgabe war es darüber zu wachen, dass allerorts „Religion, Frieden und Gerechtigkeit“ geschützt würden und die Bundesgenossen sich ihrer gegenseitigen Hilfe bei der Unterdrückung revolutionärer Umtriebe versicherten. Die Herrscher

wollten Konflikte untereinander einvernehmlich lösen und militärische Hilfe leisten, wenn Unruhen ausbrachen.

Da die Gesellschaften infolge der Kriege in Bewegung geraten waren, verlangte die angekündigte Restauration des patriarchalischen Fürstentums nach beständiger Absicherung. Deshalb beschlossen die fünf europäischen Großmächte, neben den Mitgliedern der Heiligen Allianz waren dies noch Frankreich und Großbritannien, mögliche Konflikte mittels einer dichten Konferenzdiplomatie schon frühzeitig zu entschärfen. Gleichwohl blieb es

Die Zeit rückt unter Stürmen vorwärts; ihr Ungestüm aufhalten zu wollen, würde vergebliches Bemühen sein. Festigkeit, Mäßigung und endlich Vereinigung in wohlberechneten Kräften, dies allein bleibt der Macht der Beschützer und den Freunden der Ordnung übrig. Das Ziel ist leicht zu bestimmen; in unseren Zeiten ist es nichts mehr und nichts weniger als die Aufrechterhaltung dessen, was vorhanden ist. [...] Die Brennstoffe, welche seit langer Zeit vorbereitet waren, haben sich in der Epoche von 1817 bis 1820 entflammt. Der falsche Schritt, [...] die Duldung, welche man in Deutschland diesen gefährlichen Lehren angedeihen ließ; die bewiesene Schwäche, um die Missbräuche der Presse zu unterdrücken; die Übereilung endlich, womit man den Staaten des südlichen Deutschlands Konstitutionen gab; alle diese Ursachen haben den Parteien, die durch nichts befriedigt werden können, den allerunglücklichsten Missbrauch nahegelegt. [...]

Zwei große Rettungsmittel sind gegenwärtig jeder Regierung zugesichert, die, im Gefühl ihrer Würde und ihrer Pflicht, nicht entschlossen ist, sich selbst zugrunde zu richten. Das eine dieser Mittel beruht auf der befriedigenden Überzeugung, dass unter den europäischen Mächten durchaus kein Missverständnis obwalte, und dass man nach den unveränderlichen Grundsätzen der Monarchie auch keines voraussehen könne. Diese über jeden Zweifel erhabene Tatsache befestigt und verbürgt unsere Lage und unsere Kraft. Das andere Mittel ist die im Laufe der letzten neun Monate gebildete Vereinigung, die mit Gottes Hilfe durch Festigkeit und Treue unauflösbar werden wird.

QUELLE 3 METTERNICH ÜBER DIE AUFGABEN DER HEILIGEN ALLIANZ

Die Heilige Allianz wurde nach dem Wiener Kongress zu einem wichtigen Werkzeug der politischen Restauration und zur Unterdrückung liberaler und nationaler Bewegungen im Geist des monarchischen Prinzips. Sie beriet die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die bürgerlich-nationale Opposition im Deutschen Bund, die Karlsbader Beschlüsse, ebenso wie gemeinsame militärische Interventionen gegen die bürgerlichen Umwälzungen in Italien, im nationalen Befreiungskampf der Griechen und in der bürgerlichen Revolution in Spanien. Über lange Zeit hinweg trug die Heilige Allianz so zur Verhinderung der Ausbildung freiheitlicher Institutionen in den europäischen Staaten bei und bekräftigte die Idee einer grundsätzlichen Solidarität zwischen den Fürstentümern, die bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges fortwirkte.

QUELLE: BRIEF DES FÜRSTEN VON METTERNICH AN DEN BADISCHEN MINISTER WILHELM VON BERSTETT VOM 4. MAI 1820, AUSZÜGE ZITIERT NACH WALTER WULF (HG.), RESTAURATION UND LIBERALISMUS 1815–1849, FRANKFURT AM MAIN 1974, S. 21F.



ABB. 11 „DER DENKER-CLUB“

Die aufgeklärten, liberalen Kräfte in den deutschen Ländern setzten sich auch satirisch mit den Karlsbader Beschlüssen auseinander. Ein Beispiel dafür ist die abgebildete anonyme Karikatur, die um 1820 entstand. Auf dem mittigen Schild heißt es: „Wichtige Frage welche in heutiger Sitzung bedacht wird: Wie lange mochte uns das Denken wohl noch erlaubt bleiben?“ Das Schild rechts wiederum besagt: „Gesetze des Denker-Clubs: I. Der Präsident eröffnet präzise 8 Uhr die Sitzung. II. Schweigen ist das erste Gesetz dieser gelehrten Gesellschaft. III. Auf das kein Mitglied in Versuchung geraten möge, seiner Zunge freyen Lauf zulassen... so werden beim Eintritt Maulkörbe ausgeteilt. IV. Der Gegenstand, welcher in jedesmaligen Sitzung durch ein reifes Nachdenken gründlich erörtert werden soll, befindet sich auf einer Tafel mit großen Buchstaben deutlich geschrieben.“

DER DENKER-CLUB. ANONYME FEDERLITHOGRAFIE, UM 1819. © BPK (30011250).

nicht aus, dass die Gestalter der Nachkriegsordnung von unerwarteten Ereignissen überrascht wurden. So fiel zwei Jahre nach dem Wartburgfest der erfolgreiche Dramatiker August von Kotzebue, ein spöttischer Kritiker der liberalen Burschenschaftler und seit 1817 im persönlichen Dienst des russischen Zaren, am 23. März 1819 in Mannheim einem Messerattentat des Studenten Karl Ludwig Sand zum Opfer.

Metternich deutete den Anschlag als unmittelbaren Angriff auf die gesamte legitime Nachkriegsordnung. Mithilfe des Deutschen Bundes ließ er die Universitäten überwachen, die Burschenschaften verbieten, Druckerzeugnisse der Zensur unterwerfen und „revoluti-

onäre Umtriebe“ aufdecken. Österreich übernahm im Deutschen Bund die Führung, um die seit den Kriegen gegen Napoleon erstarkende Nationalbewegungen unter Kontrolle zu halten. Unter Studenten wurde nach „Demagogen“ gefahndet. Sie galten als Aufrührer, die unter Polizeiaufsicht gestellt werden mussten. In Preußen sorgte Friedrich Wilhelm III. nicht minder entschlossen dafür, dass diese „Karlsbader Beschlüsse“ vom August 1819 verwirklicht wurden. Der Begründer der Turnbewegung und Mitinitiator der Burschenschaften, Friedrich Ludwig Jahn, wurde in Haft genommen; der leidenschaftliche Wortführer im Kampf für die deutsche Einheit, Ernst Moritz Arndt, verlor seine

Aus dem Universitätsgesetz

Die Bundesregierungen verpflichten sich gegeneinander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht oder Überschreitung der Grenzen ihres Berufes, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüter der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit zur Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen. [...]

Aus dem Preßgesetz

Solange der gegenwärtige Beschluß in Kraft bleiben wird, dürfen Schriften, die in der Form täglicher Blätter oder heftweise erscheinen, desgleichen solche, die nicht über 20 Bogen im Druck stark sind, in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen und vorgängige Genehmigung der Landesbehörden zum Druck befördert werden. [...] Die Bundesversammlung soll [...] befugt sein, die zu ihrer Kenntnis gelangenden [...] Schriften, [...] wenn solche [...] der Würde des Bundes, der Sicherheit einzelner Bundesstaaten oder der Erhaltung des Friedens und der Ruhe in Deutschland zuwiderlaufen, ohne vorhergegangene Aufforderung, aus eigener Autorität [...] zu unterdrücken [...].

QUELLE 4 AUS DEN KARLSBADER BESCHLÜSSEN

Auf der Karlsbader Ministerialkonferenz vom 6. bis 31. August 1819 berieten die diplomatischen Vertreter der wichtigsten Staaten im Deutschen Bund, mit welchen Maßnahmen sie liberale und nationale Ideen koordiniert bekämpfen könnten. Ihre Beschlüsse – die Exekutionsordnung, ein Universitätsgesetz, ein Pressegesetz und ein Untersuchungsgesetz – wurden im Eilverfahren am 20. September 1819 vom Bundestag in Frankfurt einstimmig bestätigt. Sie schränkten die Meinungsfreiheit ein, verboten Burschenschaften, beinhalteten eine Überwachung der Universitäten, sahen Zensur der Presse und Berufsverbote vor und griffen so tief in die Rechte der Einzelstaaten ein.

QUELLE: WOLFGANG LAUTEMANN / MANFRED SCHLENKE (HG.), GESCHICHTE IN QUELLEN. DAS BÜRGERLICHE ZEITALTER 1815–1914, MÜNCHEN 1980, S. 86FF.

Professur in Bonn. Selbst Reformen wie Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein, Graf August Neidhardt von Gneisenau oder Friedrich Schleiermacher gerieten unter Verdacht. Ihr begonnenes Werk zur Bauernbefreiung, Selbstverwaltung und Landverteilung wurde korrigiert, abgeschwächt oder gänzlich eingestellt.

Dennoch war es schwierig, selbst unter den „zuverlässigen“ Staaten eine

einheitliche Strategie zu verabreden. Zu verschieden waren die Interessen und die Ansätze zur Lösung von Konflikten. So beschlossen die östlichen Großmächte auf einem Kongress in Laibach 1820 gegen englischen Widerstand die Entsendung österreichischer Truppen nach Italien und zwei Jahre später in Verona eine Intervention Frankreichs in Spanien.

VATERLAND – VOLK – GLAUBEN

Auch in Russland waren neue Zeiten angebrochen. Der Vaterländische Krieg, die führende Rolle beim

Sieg über Napoleon und der Vormarsch russischer Truppen bis nach Mittel- und Westeuropa hatte den Blick junger ade-

liger Offiziere auf die Welt verändert. Sie kehrten in ihre Heimat zurück und vertrauten darauf, dass Kaiser Alexander I. sein Prestige als „Befreier Europas“ durch Reformen im Innern zusätzlich stärken würde. Dem stand entgegen, dass er eine treibende Kraft der Heiligen Allianz war und insbesondere die Rückbesinnung auf die religiösen Wurzeln monarchischer Herrschaft postulierte. Friedrich Wilhelm III. zeigte in dieser Hinsicht nicht mindere Strenge wie in der „nationalen Frage“ oder bei der Eindämmung freiheitlicher Bestrebungen. Er ordnete die Bildung einer Preußischen Union aus Lutheranern und Reformierten an, die in die preußische evangelische Landeskirche überführt wurde und in enger Abhängigkeit vom Staat stand. Wie der 1815 von Pius VII. auf die unmittelbare Autorität des Papstes verpflichtete Katholizismus erhielt somit der Protestantismus eine politische Note, die Thron und Altar aneinander band.

So gesehen waren auch die „Dekabristen“, die am 14. Dezember 1825 einen Aufstand gegen den Zaren versuchten, ein Ausdruck der Ideen der politischen Romantik und einer Epoche eines religiös motivierten Patriotismus. Sie erhoben sich zwar erst in dem Augenblick, als Alexander I. plötzlich verstarb und ein Interregnum entstanden war. Doch lagen die Quellen ihrer Insubordination ebenfalls im „nationalen“ Enthusiasmus der siegreichen Befreiungskriege und, wie oftmals übersehen wird, in einer vielschichtigen Religiosität. Diese religiöse Disposition war für die Protagonisten ein entscheidender moralischer Antrieb, programmatische Schriften für eine Neugestaltung von Gesellschaft und Staat zu entwerfen und ein politisches Handeln zu recht-

fertigen, das vom geplanten Umsturz bis zum Zarenmord reichen konnte. Dabei gehörten sie unterschiedlichen Konfessionen an und bildeten damit gleichsam den religiösen Pluralismus der Zeit ab. Das erklärt aber auch, warum es neben politischen auch weltanschaulichen Dissens gab, der sich auch in unterschiedlichen Temperamenten ausdrückte. Es gab Toleranz und Mäßigung, Eiferertum und Fanatismus.

Anders als in Deutschland zeichnen sich die Biographien der jungen Rebellen zudem durch verschiedene nationale Herkunft und gemischte Identität aus. Der deutschstämmige Pawel Pestel fühlte sich als Russe und war Lutheraner, Sergei Murawjow-Apostol bekannte sich zur Orthodoxie, während Michail Lunin zum Katholizismus übergetreten war. Aus der Vielfalt folgte nicht der Wunsch, eine alle verbindende „Vernunftreligion“ oder ein konfessionsübergreifendes Christentum zu postulieren. Vielmehr forderte Pestel einen orthodox geprägten, russifizierten Zentralstaat, der wenig Raum für Toleranz oder Föderalismus lassen würde. Gleichwohl zeichnete die Dekabristen eher eine kirchenferne Frömmigkeit aus, die der Amtskirche vor allem eine staatstragende Funktion zumaß. Kaum anders dachten Alexander I. und seine wichtigsten Berater.

Doch gingen die Dekabristen deutlich weiter, wenn sie Tugend und Wohlfahrt, Freiheit und „Volksherrschaft“ auf christliche Vorstellungen von Gerechtigkeit und Gleichheit zurückführten. Wie viele junge Adelige hegten sie seit den Befreiungskriegen Zweifel am Gottesgnadentum des Monarchen: „Wir begannen damals über den Zaren wie über einen Menschen zu sprechen“, gab ein Dekabrist nach dem gescheiter-

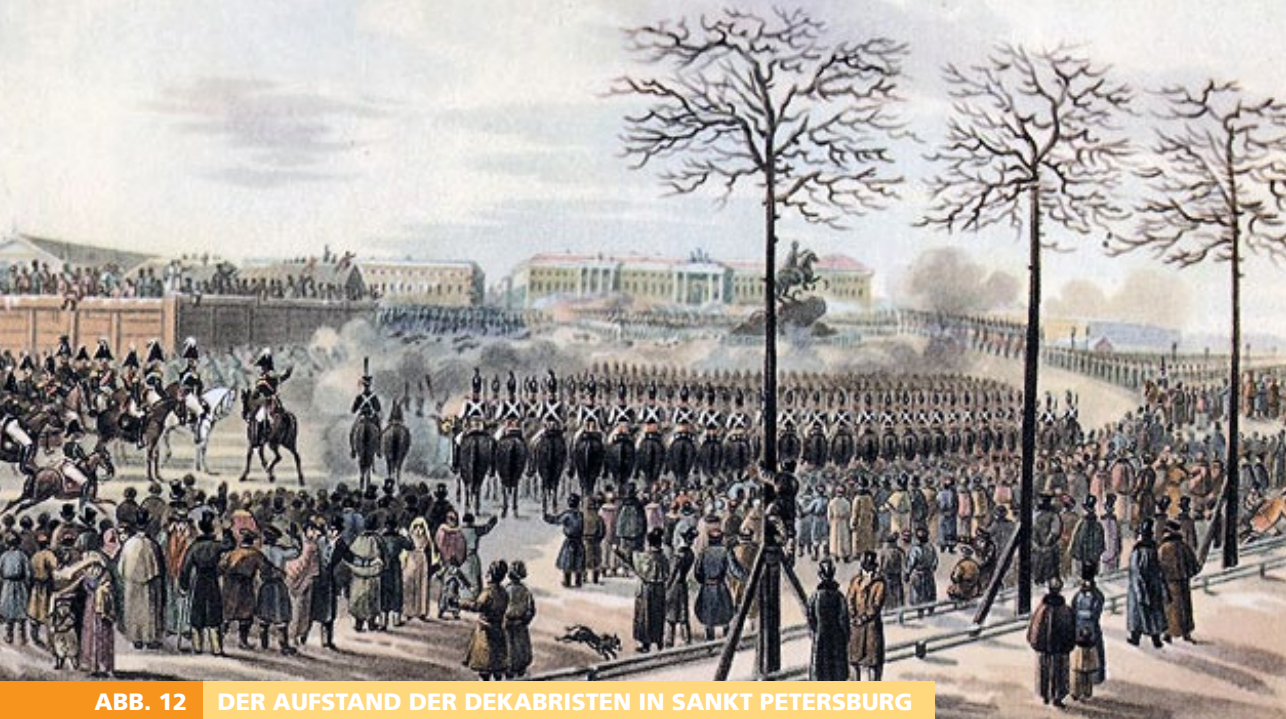


ABB. 12 DER AUFSTAND DER DEKABRISTEN IN SANKT PETERSBURG

Nach dem Tode Alexanders I. verweigerte am 14. Dezember 1825 eine erhebliche Zahl von Offizieren der russischen Armee auf dem Platz vor Senat und Synod in Sankt Petersburg den Eid auf den neuen Zaren Nikolaus I. Ihr Aufstand stützte sich nicht nur auf nationale Ideen, sondern wurzelte in einer vielschichtigen Religiosität. Auch wenn sie verschiedener nationaler Herkunft waren und unterschiedlichen Konfessionen angehörten, leiteten die Dekabristen aus ihren christlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Gleichheit die Forderung nach Tugend und Wohlfahrt, Freiheit und „Volksherrschaft“ ab und hegten Zweifel am monarchischen Gottesgnadentum. Nikolaus I. schlug die Erhebung mit großer Härte nieder – für die Zeitgenossen war der unerwartete, erste bewusst gegen die zarische Autokratie gerichtete revolutionäre Ausbruch in Russland gleichwohl ein Schock.

DER AUFSTAND DER DEKABRISTEN AUF DEM SENATSPLATZ IN SANKT PETERSBURG AM 14. DEZEMBER 1825, AQUARELL VON KARL KOLMANN, 1830ER JAHRE, PUSCHKIN-LITERATURMUSEUM MOSKAU.

ten Aufstand im Verhör zu Protokoll. Wer den Kaiser ermordete, beging demnach nicht länger ein Sakrileg. Trotzdem schreckte ein zum Attentäter bestimmter Mitstreiter, der auf dem Senatsplatz von Sankt Petersburg, wo der Aufstandsversuch stattfand, bereits zwei Personen ermordet hatte, vor diesem letzten Schritt zurück.

Für den neuen Zaren Nikolaus I., der zeitweise das Untersuchungsverfahren gegen die Dekabristen persönlich leitete, war die Rebellion ein Staatsverbrechen, eine „schreckliche Verschwörung“. Auf Zeitgenossen hingegen wirkte sie aus anderen Gründen wie ein Schock, zum einen, weil für einen Augenblick eine unerwartete revolutionäre Situation entstanden war, zum

anderen, weil der Zar mit unerbittlicher Härte reagierte. Am 30. Mai 1826 legte die Untersuchungskommission den Abschlussbericht mit Dossiers von 240 Häftlingen und Aussagen von etwa 3 000 Zeugen vor. Ein Außerordentliches Gericht verhängte 289 Strafurteile wegen Aufruhrs, Meuterei und Vorbereitung eines Attentats auf den Zaren. Fünf der Hauptangeklagten – der Dichter Kondrati Rylejew, der Gardeoberst Pestel, der Diplomatensohn und Oberstleutnant Murawjow-Apostol, der Leutnant Michail Bestuschew-Rjumin sowie der Oberleutnant und Attentäter Pjotr Kachowski, der den verhassten Generalgouverneur der Hauptstadt getötet hatte –, wurden zum Tode durch Vierteilung verurteilt. Gegen wei-

tere 31 Schuldige verhängte das Gericht die Todesstrafe durch Enthauptung. 33 Delinquenten sollten lebenslanglich Zwangsarbeit leisten. Zu den milderen Strafen gegen die übrigen Angeklagten gehörten Deportation nach Sibirien, befristete Zwangsarbeit, Verlust des Adelstitels, Einzug des Vermögens, Strafversetzung und Degradierung. Am

10. Juli 1826 milderte der Zar die Urteile durch Ukaz ab: Die fünf Hauptangeklagten wurden am 13. Juli 1826 durch den Strang hingerichtet, die übrigen Todesurteile in lebenslange Zwangsarbeit umgewandelt. Für die anderen Verurteilten brachte der Gnadenerlass eine Verkürzung des Strafmaßes oder eine mildere Form der Strafe.

SICHERHEIT GEGEN FREIHEIT?

Nikolaus I. verfehlte sein Ziel nicht. Er hatte nicht nur die russische Adelsgesellschaft eingeschüchtert, sondern auch den europäischen Mächten Stärke demonstriert. Was eigentlich genau geschehen war, davon konnte sich die Nachwelt erst sehr viel später und nur bruchstückhaft ein Bild machen. Da die Untersuchungsprotokolle für den Rest des Jahrhunderts unter Verschluss

blieben, entstanden neben der offiziellen Version von der „frechen Gewalttat einiger weniger“ zahlreiche Legenden, in denen die Dekabristen als erste Helden einer modernen russischen „Befreiungsbewegung“ gefeiert wurden. Neu am Aufstand vom 14. Dezember 1825 war, dass politische Ideen durch einen Militärputsch verwirklicht werden sollten. Darin unterschied er sich ebenso

Man kann diesen Aufstand nicht mit denen vergleichen, die in Spanien und Piemont vorgefallen sind. Gott sei Dank, so weit sind wir noch nicht gekommen und werden wir nie kommen. [...] Es ist ein großes Glück für Russland, und ich füge hinzu, auch für Europa, dass die Verschwörung ausgebrochen ist. [...] Ich will, dass nichts verheimlicht bleiben soll; ich bin verpflichtet, dies Beispiel Russland zu geben, diesen Dienst Europa zu erweisen. [...] Der revolutionäre Geist, der durch ein kleines Häufchen von Leuten, die sich in fremden Ländern von neuen Theorien haben anstecken lassen, nach Russland hineingetragen worden ist, hat einige böse Wurzeln getrieben und ein paar Bösewichtern und Wahnsinnigen den Traum von einer möglichen Revolution eingegeben, für die, Gott sei's gedankt, in Russland die Voraussetzungen fehlen. [...] Dieser freche Versuch wird keine Folgen haben. [...] Ich war zu sehr der Mehrheit meiner Garde sicher, als dass ich auch nur für einen Augenblick die geringste Beunruhigung hinsichtlich des Ausgangs dieses Tages hätte verspüren können.

QUELLE 5 NIKOLAUS I. ÜBER DEN AUFSTAND DER DEKABRISTEN

In seinen Worten beim Empfang für das diplomatische Corps am 20. Dezember 1826, also ein gutes Jahr nach den Geschehnissen auf dem Sankt Petersburger Senatsplatz, gab sich Zar Nikolaus I. gelassen über die Erfolgsaussichten des Aufstands. Tatsächlich hatte er mit unerbittlicher Härte auf ein letztlich lokal begrenztes Geschehen reagiert. Die Anführer wurden zum Tode verurteilt, viele weitere zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt oder nach Sibirien verbannt.

QUELLE: NIKOLAUS I. BEI EINEM EMPFANG FÜR DAS DIPLOMATISCHE CORPS AM 20. DEZEMBER 1826 ÜBER DEN AUFSTAND DER DEKABRISTEN VOM 14. DEZEMBER 1825, ZITIERT NACH MICHAEL WOLKONSKIJ, DIE DEKABRISTEN. DIE ERSTEN RUSSISCHEN FREIHEITSKÄMPFER DES 19. JAHRHUNDERTS, ZÜRICH 1946, S. 243f.

von den Palastrevolten wie von sozialen Rebellionen des 18. Jahrhunderts. Unmittelbare Folge war, dass die Zarenregierung künftig besser gewappnet sein wollte, indem sie einen effektiveren Sicherheitsapparat aufbaute, der revolutionäre Bestrebungen frühzeitig im Keim erstickte.

Die Dritte Abteilung Ihrer Kaiserlichen Majestät, eine Geheimpolizei, die das Herzstück des neuen Präventivsystems bildete, unterschied sich allerdings nur graduell von anderen europäischen Regierungen, die nicht minder eifrig an der Eindämmung oppositioneller Bewegungen arbeiteten. Der griechische Befreiungskampf 1821 bis 1823, die Juli-Revolution 1830 in Frankreich, die dadurch ausgelösten Aufstände und Unruhen in Belgien, Spanien, der Schweiz und Polen bedeuteten eine schwere Belastungsprobe für die Wiener Ordnung

der internationalen Beziehungen. In Deutschland radikalisierte sich die liberale Bewegung des Bürgertums, die vehementer denn je eine bundesstaatliche Verfassung, Geschworenengerichte und eine Volksmiliz forderten. Höhepunkt dieser neuen Strömung war das Hambacher Fest am 27. Mai 1832, zu dem sich mehrere zehntausend Studenten und Bürger versammelten.

Die Vielfalt und Widersprüchlichkeit dieser Herausforderungen in verschiedenen Regionen Europas führte schließlich auch zum Ende der Heiligen Allianz. Sie zerbrach an der „Orientalischen Frage“, an den machtpolitischen und religiösen Konflikten auf dem Balkan, um das Erbe des Osmanischen Reiches und die Nutzung der Meerengen, die einvernehmliche Lösungen unter den Großmächten zunehmend erschwerten.

LITERATURHINWEISE

N.Ja. Eidelman, *Juni, Moskau* 1970.

Ja.A. Gordon, *Mjatesch reformatorow: 14 dekabrja 1925 goda, Leningrad* 1989.

Wolfgang Hardtwig, *Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum, München* 1985.

Mark Jarrett, *The Congress of Vienna and its Legacy: War and Great Power Diplomacy after Napoleon, London* 2013.

Dieter Langewiesche, *Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849, München* 2004.

Hans Lemberg, *Die nationale Gedankenwelt der Dekabristen, Köln* 1963.

Jurij M. Lotman, *Rußlands Adel. Eine Kulturgeschichte von Peter I. bis Nikolaus I., Köln* 1997.

Philipp Menger, *Die Heilige Allianz. Religion und Politik bei Alexander I. (1801–1825), Stuttgart* 2014.

Marc Raeff, *The Decembrist Movement, Englewood Cliffs, N.J.* 1966.

Nicholas V. Riasanovsky, *A Parting of Ways. Government and the Educated Public in Russia 1801–1855, Oxford* 1976.

Theodor Schiemann, *Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus I. Bd. II: Vom Tode Alexander I. bis zur Juli-Revolution, Berlin* 1908.

Wassili Semewski, *Polititscheskie i obschtschestwennye idei dekabristow, Sankt Petersburg* 1909.

S.N. Tschernow, Pawel Pestel. *Isbrannye stati po istoria dekabrista, Sankt Petersburg* 2004.

Wosstanie dekabristow. *Materialy. Bde. 1–23, Moskau* 1925–2016